Dresden

Not wird verordnet im Dresdner Arbeitsamt!

Die Notverordnung, die in der Arbeitslosenversicherung am 15. Juli in Kraft tritt, wird praktisch schon angewandt. Es schreibt uns ein Arbeiter:

(Arbeiterkorrespondenz 1356)

Meiner Tochter wurde die Unterstützung entzogen wegen Arbeitsverweigerung. Ich erhob daher Einspruch beim Spruchausschuß am Arbeitsamt mit der berechtigten Forderung, da meine Tochter der ihr zugewiesenen Arbeit körperlich nicht gewachsen ist. Am 11. Juni war nun Verhandlung. Der Spruchausschuß lehnte meinen Einspruch ab. Er fällte folgendes skandalöses Urteil: Die Tochter hätte müssen, trotz meines Wissens, daß sie die Arbeit nicht machen kann, diese Arbeit annehmen. Trotzdem ich die Herren darauf aufmerksam machte, daß es zwecklos gewesen wäre, entschieden sie doch den Spruch. Zum Ueberfluß soll meine Tochter, die nach der Sperre wieder einsetzende Unterstützung von 9,10 Mark dem Arbeitsamt zurückzahlen. Aus diesem Beispiel kann man ersehen, daß der Vater über die Tochter keine Verfügung mehr hat, da das Arbeitsamt alles bestimmt. In allen bürgerlichen Blättern schreibt man von Sklavenarbeit im Rußland, um die Sowjetunion zu verleumden. Daß man derartige Methoden, wie die Arbeitsämter pflegen, auch als Sklavenarbeit bezeichnen muß, wissen wahrscheinlich die sozialdemokratischen und bürgerlichen Revolverredakteure nicht. In Rußland herrscht Freiheit, da regieren die Arbeiter. In Deutschland herrscht Sklaverei, da regieren die Kapitalisten. **Die Arbeiterklasse muß erkennen, daß es gilt Front zu machen und alle Kräfte zu mobilisieren für die Stärkung der roten Front, der Kommunistischen Partei und Presse.**

Die kapitalistische Steuerpolitik

Der Ruin des Mittelstandes

Auf einen Hektoliter Bier, der früher 18 RM kostete, liegt heute 27 RM Biersteuer

Die Politik der Gemeinde, die ihren Niederschlag findet in den Haushaltplänen, ist von immer katastrophaleren Folgen begleitet. Der Dresdner Etat war und ist ein Musterbeispiel dafür, wie die Werktätigen durch die Steuerpolitik zugrunde gerichtet werden. Die Erhöhung der Bürgersteuer auf 450 Prozent, der Biersteuer um 100 Prozent, die Weitererhebung der Musikinstrumentensteuer trifft alle Werktätigen. Wenn nämlich der Arbeiter, Angestellte oder untere Beamte bei gedrosselten Löhnen und Gehältern neben anderen bisher bestehenden Steuern von denen für ihn keine einzige ermäßigt worden ist, noch 40,50 RM allein Bürgersteuer mehr zahlen soll, so muß er sich, sofern er sie zahlt, auf anderen Gebieten einschränken. Er versucht dies in der Lebensführung, die heute äußerst eingeschränkt ist. Das merkt dann auch der Gewerbetreibende und der Mittelstand. Dieser wird dadurch immer stärker in den Strudel der Verelendung hineingezogen. Der Mittelstand, die Kleingewerbetreibenden beginnen sich zu orientieren. Sie begreifen, daß sie ihre Existenz verteidigen müssen. Aus unserer Zuschriftenmappe veröffentlichen wir nachstehend die Zuschrift eines Gastwirts, die uns dieser im Namen vieler Gastwirte übermittelt. Dieser schreibt:

(Mittelstandskorrespondenz 946)

Die seit Jahren bestehenden Steuermaßnahmen des Reiches, des Staates und der Gemeinden treiben die Werktätigen mehr und immer mehr in das finanzielle Elend hinein. Wenn wir in Nr. 154 des Dresdner Anzeigers den Bericht des Rechnungsjahres 1930 mit der Ueberschrift „Unerfreuliche Zahlen" lesen, so bedeutet das für einen halbwegs Eingeweihten gar keine Neuigkeit.

Unsere Steuerpolitiker haben wohl die neuen bzw. erhöhten Steuern auf dem Papier geschätzt, jedoch in der Einnahme ein gewaltiges Defizit erzielt. Dies müßten die maßgebenden Stellen durch die Praxis schon längst begriffen haben.

Jede neue oder erhöhte Steuer bedeutet für die Werktätigen einen Nagel zum Sarge; niemals bringt sie die erhofften Summen. Im Gegenteil, durch verminderten Umsatz, mehr Arbeitslose, Drosselung aller übrigen Steuern, als beispielsweise Einkommen-, Umsatzsteuer und so fort.

Wenn also im Rechnungsjahr 1930 trotz unserer vielen und hohen Steuern nur für das Reich ein Defizit von rund einer Milliarde Mark entstand, so wird voraussichtlich auf Grund von immer neu zu erhöhenden Steuern der Gemeinden die Bilanz für 1931 noch viel trauriger aussehen.

Ueber den Haushalt der Stadt Dresden schreibt Herr Bürgermeister Dr. Bührer in Nr. 152 des Dresdner Anzeigers selbst als Steuerdezernent, daß die veranschlagten 2 Millionen Mark durch die Verdoppelung der Biersteuer infolge des zunehmenden Konsumrückganges gefährdet seien. Leider wird hier nur das Prinzip verfolgt, die Steuer wird eingeführt.

Wie sieht nun die Wirklichkeit aus?

Durch diese erhöhte Steuer und den damit verbundenen Minderabsatz wird die Schätzung kaum die Hälfte, also 1 Million Mark erbringen, aber für die Stadt Dresden aus Brauereien, Bierhandlungen und dem Gastwirtsgewerbe mindestens 400 Arbeitslose mehr. Rechnet man durchschnittlich pro Woche 20 Mark Unterstützung, so sind das im Jahre ca. 400 000 Mark; hierzu kommt der Steuerausfall von der gleichen Anzahl Arbeitsloser mit 3 Mark pro Woche = 60 000 Mark, so daß sich insgesamt ein Steuerdefizit von 460 000 Mark ergibt. Hiervon abgesehen erbringt auch die Einkommen- und Umsatzsteuer der betroffenen Industriezweige wesentlich weniger. Zu diesem Ausfall kommt noch die 3½fache erhöhte Bürgersteuer.

Die Kaufkraft des Volkes wird wieder geschwächt

Das Resultat wird sein, daß die Stadt Dresden durch die doppelte Biersteuer eine kleine Einnahme hat, während durch die höhere Zahl der Erwerbslosen sich zwangsläufig die Ausgaben erhöhen müssen.

Ist es nicht eine der größten Ungerechtigkeiten, wenn auf 1 Hektoliter Bier, welchen die Brauereien vor dem Kriege mit 18 Mark lieferten, bereits heute 22 Mark Steuern ruhen, ganz abgesehen von Umsatzsteuern und anderen Belastungen, und nun sollen nochmals weitere 5 Mark auf den Hektoliter Bier geworfen werden? Will man dadurch Arbeit beschaffen und die Wirtschaft heben? O, bei weitem nicht! Unsere Bürokratie rechnet auf dem Papier; bringt eine Steuer nicht den gewünschten Erfolg, so wird sie einfach erhöht oder neue Steuerquellen erschlossen.

Auch das Problem, das Arbeitslosenheer zu mindern, findet dadurch eine Lösung, daß man die Altersgrenze auf 60 Jahre festsetzt, die Invalidenkasse von Reichswegen bezuschußt und gleichzeitig dem Reich Ersparnisse infolge der dadurch entstehenden offenen Arbeitsstellen, welche sich auf ca. ½ Million beziffern dürften, schafft.

Es sind in jüngster Zeit viele Notverordnungen erlassen worden. Warum will man unter Berufung auf dieselben nicht diejenigen Arbeitgeber empfindlich bestrafen, welche hohe Offiziere, Generale usw. einstellen?

Kassiererkonferenz im UB Dresden

Am Sonnabend, 27. Juni, 18 Uhr, findet in Dresden im Regierheim, Friedrichstr., eine Kassiererkonferenz für den gesamten UB Dresden statt. Alle Ortsgruppenleitungen sorgen dafür, daß die Kassierer vertreten sind. Bezirksleitung, Abt. Kasse.

Boccaccio im Opernhaus

Am Mittwochabend gelangte die komische Oper „Boccaccio" erstmalig zur Aufführung. Die Erwartungen, die das Theaterpublikum in die Neuinszenierung gesetzt hatte, sind voll und ganz erfüllt worden, das bewies der ungestüme Applaus, selbst in solchen Momenten, wo er sehr störend wirkte.

Franz v. Suppé hat zu dieser lustigen Sache die entsprechend flotte Musik geschrieben, die vom Orchester unter Leitung von Fritz Busch in allen Teilen hervorragend gemeistert wurde.

Boccaccio ist der Abgott der Frauen — „Hab' ich nur deine Liebe, die Treue brauch' ich nicht" — Die Rollen liegen durchweg in guten Händen. Die Operette wird ihre Zugkraft bestimmt nicht verfehlen.

Im Zeichen der Notverordnung:

Der Sparkurs des SPD-Finanzdiktators

Arbeiterin erhält bei 5,26 RM Wochenverdienst durch Dresdner Fürsorgeamt 2 RM gepfändet
Weg mit dem Spardiktat, das Volk will leben!

Die ungeheuerlichen Drosselungen am Dresdner Fürsorgeamt durch den SPD-Finanzdiktator Bührer zeigen Auswirkungen in der Praxis, die ganz ungeheuerlich sind. Alle Beamten, die in den einzelnen Kreisstellen tätig sind, erklären übereinstimmend, daß sie strengste Sparanweisungen besitzen. Selbst wenn sie einmal wollten, dann ist ihnen das durch die Anweisungen nicht möglich. Bührer will eben unter allen Umständen seinen Etat, koste es was es wolle, zum Ausgleich auf Kosten des Raubes an den Werktätigen bringen. Der Mann, der zu seinen skandalösen Vorschlägen vor der Oeffentlichkeit nicht ein Wort zu sagen wußte, bringt damit Tausende von Existenzen der Werktätigen in Gefahr. Wir bringen heute aus der Fülle der Zuschriften einige, die den Kurs in seiner ganzen Ungeheuerlichkeit zeigen.

(Arbeiterkorrespondenz 1314)

Von dem Aermsten der Armen kürzte das Löbtauer Fürsorgeamt mir die Unterstützung von 7,35 auf 6,20 RM. Weshalb? Weil ich, um meiner Mutter Stütze sein zu können, nach Hause ging. Wie „fortschrittlich" das Fürsorgeamt Löbtau ist, zeigt das Beispiel meiner Schwester.

Meiner Schwester wurde von 5,26 RM Kurzarbeiterverdienst 2 RM gepfändet!

Ich frage das Fürsorgeamt: Wie kommt es, daß von einer Arbeiterin, die 5,26 RM Kurzarbeiterverdienst hatte, das Fürsorgeamt 2 RM pfänden ließ? Einem Fürsorgeempfänger kurzerhand die Unterstützung von 7,35 auf 6,20 RM gekürzt wurde?

Will mir einer der Herren vom Fürsorgeamt, vielleicht der hier Stadtrat Richter mit seinen 16 000 RM Jahresgehalt oder auch der Herr Bürgermeister Dr. Bührer mit seinen rund 40 000 RM Jahreseinkommen einmal vormachen, wie man mit 3,26 bzw. 6,20 RM mit einer Mutter auskommen kann?

Herr Bührer und ebenso der Fürsorgedezernent werden es wieder vorziehen, zu schweigen, wie sie im Plenum der Stadtverordneten zu dem schändlichen Raub geschwiegen haben. Die Werktätigen aber werden antworten durch Verstärkung des Massenaufgebots für die Kommunistische Partei und die Arbeiterstimme zum Großwerbetag am 28. Juni!

Küchenbrand durch Kinder

Am Mittwoch war durch spielende Kinder, von denen der siebenjährige Knabe mit einem brennenden Wachslicht unter ein Sofa geleuchtet hatte, ein Feuer in der Küche des 4. Stockwerkes Wettinerstraße 36 verursacht. Die Feuerwehr löschte dasselbe mit kleinem Löschgerät.

Wem gehören die Fahrräder? In Verwahrung des Polizeipräsidiums befinden sich zwei Herrenfahrräder und ein Damenfahrrad. Die Herrenfahrräder, Marke „Tempesta" und „Budissa" sind kürzlich in der Kamelienstraße bzw. Hainstraße aufgefunden worden. Das Damenfahrrad Marke „Perfekt" ist von einem Unbekannten in einem Grundstück in der Peterstraße eingestellt und nicht wieder abgeholt worden. Möglicherweise handelt es sich um Diebesgut. Die Eigentümer können sich werktags von 8 bis 14 Uhr im Polizeipräsidium, Schießgasse 7, Zimmer 75, melden.

Radiokauf auf Stottern

Seit geraumer Zeit tritt bei hiesigen Radiohändlern ein angeblicher Willy Schenker auf, der Ausweispapiere auf diesen Namen vorlegt und Radiogeräte auf Teilzahlung kauft. Er leistet nur die Anzahlungssumme und läßt dann nichts wieder von sich hören. In der von ihm angegebenen Wohnung ist er nicht bekannt. Von der Kriminalpolizei wurde festgestellt, daß der unbekannte Betrüger im Besitze der Ausweispapiere ist, die dem Tischlergehilfen Willy Schenker von hier, vor Jahren abhanden gekommen sind.

Er kauft Blumen

Ein anderer Betrüger betätigt sich in Blumengeschäften. Zum angeblichen Auftrag dort bekannter Personen läßt er sich Blumenkörbe und Arrangements mit dem Vorgeben aushändigen, daß sie später von ihm selbst oder von seinen Auftraggebern bezahlt würden. Die auf diese Weise erlangten Blumen setzt er bei anderen Personen auf ebenfalls betrügerische Weise ab.

Schwerer Verkehrsunfall

Gestern gegen 2,30 Uhr ereignete sich auf der Bautzner Landstraße vor dem Rathaus Bühlau ein schwerer Verkehrsunfall. Ein Bautechniker befand sich, von Weißig kommend, mit seinem Motorrad auf dem Heimweg. Er hatte zu dieser Fahrt eine Bekannte eingeladen, die im Beiwagen saß. In der Nähe des Rathauses Bühlau fuhr das Motorrad gegen einen Heuwagen. Der Beiwagen stieß mit voller Wucht gegen den Heuwagen. Die Mitfahrerin war auf der Stelle tot, während der Fahrer mit leichten Verletzungen davon kam. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Der Weg der Frau

Die zweite Nummer dieser Frauenzeitschrift im verstärkten Umfang (32 Seiten) in Kupfertiefdruck liegt jetzt vor uns. Wir können einiges aus dem vielseitigen Inhalt nennen. In dem ersten Artikel wird aufgezeigt, daß nicht der Strick die letzte Lösung ist, sondern der gemeinsame Kampf aller Ausgebeuteten den Ausweg bringt. In dem Beitrag „Nur nicht ins Krankenhaus" berichtet eine Arbeiterin „wie liebenswürdig" in den Krankenhäusern die Werktätigen behandelt werden. Dora Hofmeister schreibt einen pädagogischen Artikel, in dem sie am Beispiel eines kleinen Jungen, der in der Schule zurückgesetzt wird, falsche Erziehungsmethoden beweist. „Möbliertes Zimmer zu vermieten" heißt eine Kurzgeschichte von Gertrud Ring. Frau Gründlich und Frau Grämlich, die schon aus der ersten Nummer bekannt sind, schmieden Reisepläne. Sehr weit werden sie allerdings mit ihren paar Groschen nicht kommen. „Die Leserin hat das Wort", so heißt die Briefkastenrubrik. Werktätige Frauen aus allen Teilen des Reiches fragen und bekommen Antwort.

In dem Beitrag „Die Väter GmbH" wird die rechtliche Stellung des unehelichen Kindes aufgezeigt. Der bürgerliche Heiratsmarkt, der sich besonders in den Spalten der bürgerlichen Presse abspielt, wird in einem Beitrag „Diskretion Ehrensache" von Bi lustig illustriert. Rubrik „Vom Menschenmarkt" berichten Angestellte ihre Erlebnisse. Besonders ausgebaut wurden die einzelnen Rubriken und der Schneiderbriefkasten. Eine Rubrik „Wie entferne ich Flecke", „Balkon und Blumenbrett", „Gesundheit und Hygiene", „Sport und Körperpflege" usw. Auf vielfachen Wunsch sind jetzt zwei Seiten Mode eingerichtet worden und ist der Nummer ein Schnittmusterbogen beigelegt. Kinder- und Jugendbeilage und vieles andere ergänzen dieses Heft. Der große Erfolg der ersten Nummer hat gezeigt, wie notwendig eine solche Zeitung ist. Mit der zweiten Nummer, die nun verstärkt und technisch verbessert ist, wird es uns gelingen, tausend neue Leserinnen für den Weg der Frau und damit für die proletarische Presse zu gewinnen. Mit dieser Zeitschrift können wir wirklich die Unmenge der bürgerlichen Frauenblätter aus den Kreisen der Werktätigen verdrängen. Die Nummer kostet mit Schnittmusterbogen 30 Pf., ohne Schnittmusterbogen 20 Pf. und ist zu beziehen durch den Kolporteur oder direkt durch den AIZ-Vertrieb, Dresden-A. 1, Ammonstraße 52, Hth.

Arbeiterfrauen dürfen nicht denken

daß sie die Werbung für die kommunistische Presse nichts angeht! Gerade sie haben die Möglichkeit, durch eifrige Agitation unter den weiblichen Hausbewohnern dafür zu sorgen, daß die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen aus den Arbeiterwohnungen verschwinden. Deshalb rüsten auch die Frauen zum

Großwerbetag am 28. Juni

Schadenfeuer

Bad Schandau. In der Nacht zum Dienstag wurde hier das am Markt gelegene Grundstück des Drogisten Böhme von einem Schadenfeuer heimgesucht. Das oberste Stockwerk und der Dachstuhl des Hauses wurden eingeäschert. Die Entstehungsursache des Brandes ist unbekannt.

Kundgebunng gegen die Notverordnung

Heute 20 Uhr im Odeum • Redner: K. Sindermann, M.d.L.